

# WIE WEITER MIT DER WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG IN STRALSUND?

Fraktionssitzung der Partei Die Linke

■ (pm) **Stralsund.** Die Linksfraktion in der Bürgerschaft beschäftigte sich auf ihren letzten Sitzungen intensiv mit diesem Thema. Dazu hatte sich die Fraktion kompetente Gäste eingeladen. Derzeit befinden sich das Regionalmarketing und die Regionalentwicklung Vorpommern in der Neu Strukturierung. Peter Fürst, Abteilungsleiter Wirtschaftsförderung in der Hansestadt Stralsund, zeigte auf, wie die Wirtschaftsförderung in der Verwaltung der Hansestadt Stralsund aufgestellt ist.

Nach umfangreichen Diskussionen auf der kommunalen Ebene im politischen Raum in den letzten Jahren ist die Hansestadt Stralsund als einziger Gesellschafter aus der Wirtschaftsfördergesellschaft GmbH ausgetreten und hat damit die Zusammenarbeit beendet. „Die Zusammenarbeit war nicht so, dass sie für Stralsund Früchte getragen hat und sie uns so nicht weiter vorangebracht hat“, so Peter Fürst. Die Verwaltung hat aus damaliger Sicht den Austritt begrüßt. Ein Gutachten einer unabhängigen Gesellschaft hat empfohlen, die Wirtschaftsförderung generell auf die kommunale Ebene zurückzuführen. In dieser Empfehlung steht aber auch, dass eine übergeordnete



Während der Fraktionssitzung der Partei Die Linke wurden Fragen der Wirtschaftsförderung erörtert.

Foto: privat

regionale Organisation für sinnvoll gehalten wird. Empfohlen wurde die Struktur eines Vereines. Dieser kann lockerer als eine ämterangehörige Abteilung arbeiten. Vorteil ist auch, dass einem Verein auch Mitglieder beitreten können, die das in einer GmbH nicht so leicht können, oder auch in einer Ämterstruktur nicht so leicht mitwirken können. Die Verwaltung der Hansestadt Stralsund hat sich hier nicht zurückgezogen und ist an diesem strukturellen Aufbau beteiligt gewesen und hat ihre Meinung eingebracht. Am 28. März haben die verbliebenen Gesellschafter diesen Verein dann gegründet. Gründungsmitglieder sind neben dem Landkreis Vorpom-

mern Greifswald, der LK Vorpommern Rügen, die Hansestadt Greifswald, die IHK Rostock, die IHK Neubrandenburg, die Handwerkskammern aus Ost-Mecklenburg und Vorpommern, die Universität Greifswald und auch die Hochschule Stralsund. Der Verein fängt an zu leben, zu Arbeiten und ist auf der Suche nach weiteren Mitgliedern. Im Kreise der Gründungsmitglieder wurde sehr laut der Wunsch geäußert, dass sie natürlich auch die Hansestadt Stralsund dort als Mitglied sehen würden.

„Die Region voranzubringen und eine Dachmarke Vorpommern entwickeln, können wir aus Stralsunder Sicht nicht machen. Das können wir nur zu-

sammen machen. Einen überregionalen Auftritt als Marke Vorpommern gibt es noch nicht, das kann auch die Hansestadt Stralsund für sich allein personell und finanziell nicht leisten“, so Peter Fürst.

Torsten Grundke IHK Vizepräsident und 2. Vorsitzender des Stralsunder Mittelstandsvereins machte deutlich, dass sich die Region Vorpommern intensiver nach Außen darstellen muss. „Aufgabe der Wirtschaftsförderung in der Stadt ist es nicht Marketing zu be-

treiben. Der neue Wirtschaftsförderverein muss für die ganze Region sprechen und diese vermarkten“. Bernd Buxbaum Mitglied der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE und Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses der Bürgerschaft zog ein erstes Fazit der ausgiebigen Beratungen, „Eine Mitgliedschaft unserer Stadt im Verein für Regionalmarketing und -Entwicklung ist deshalb wichtig, weil das eine Chance ist direkt und nicht über den Umweg der Mitgliedschaft des Landkreises, 1. Einfluss auf Maßnahmen zur Regionalentwicklung zu nehmen und 2. direkt vom Standortmarketing für die Region Vorpommern und für Stralsund zu profitieren.“

Die zehntausend Euro für die Vereinsmitgliedschaft sind gut angelegtes Geld für die Werbung für unsere Stadt, für unsere Wirtschaft, unsere Gewerbetreibende“. Selbst Henry Ford erkannte bereits, „Wer aufhört zu werben, um so Geld zu sparen, kann ebenso seine Uhr anhalten, um Zeit zu sparen.“

## MEHRFACHANRECHNUNG

Einsparungen bei der Ausgleichsabgabe

■ (zas) **Stralsund.** Arbeitgeber mit durchschnittlich mindestens 20 Arbeitsplätzen sind gesetzlich verpflichtet, auf mindestens fünf Prozent der Arbeitsplätze schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen. Kommen Arbeitgeber der Beschäftigungspflicht nicht nach, ist eine sogenannte Ausgleichsabgabe zu zahlen. „Diese gesetzliche Regelung ist bei den Unternehmen allgemein bekannt“, so Dr. Jürgen Radloff, Chef der Arbeitsagentur Stralsund. „Was allerdings nicht so häufig bekannt ist: Unter bestimmten Umständen können Arbeitgeber einen Menschen mit Schwerbehinderungen auch auf mehrere dieser Pflichtarbeitsplätze anrechnen lassen. Voraussetzung ist, dass die Teilhabe am Arbeitsleben in diesem individuellen Fall auf besondere Schwierigkeiten stößt.“ „Mehrfachanrechnung“

ist hierfür die offizielle Bezeichnung. Nancy Ehrich, Teamleiterin in der Arbeitsvermittlung für Rehabilitanden und Schwerbehinderte bei der Arbeitsagentur Stralsund erläuterte: „Wenn schwerbehinderte Kundinnen und Kunden wegen der Art und Schwere ihre Behinderung ganz besondere Probleme im Arbeitsleben haben – also z.B. schwerer in einen Job zu vermitteln sind oder aber auch die Gefahr besteht, dass sie ihren Arbeitsplatz verlieren – dann kann die Mehrfachanrechnung ein gutes Instrument für Arbeitnehmer und Unternehmen gleichermaßen sein.“ Die Betriebe können dann den Arbeitsplatz des schwerbehinderten Beschäftigten nicht nur auf einen sondern gleich auf zwei oder sogar maximal drei Pflichtarbeitsplätze anrechnen lassen. Das hilft den Unternehmen die gesetzliche Beschäfti-

gungspflicht zu erfüllen und spart zusätzlich Zahlungen für die Ausgleichsabgabe. Außerdem werden so Fachkräfte für den Betrieb gesichert. Auf der anderen Seite haben schwerbehinderte Arbeitnehmer so bessere Chancen, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Doch was genau müssen Arbeitgeber tun, wenn sie die Mehrfachanrechnung für ihre Beschäftigten nutzen möchten? „Es reicht der Kontakt zur Arbeitsagentur – am besten zum persönlichen Ansprechpartner beim Arbeitgeberservice“, so Nancy Ehrich. „Alles Weitere erledigen die Kolleginnen und Kollegen der Arbeitsagentur“. Unternehmen, die die Kontaktdaten des persönlichen Ansprechpartners nicht zur Hand haben, können auch die kostenfreie Hotline des Arbeitgeberservice wählen unter 0800 4 5555 20.

## VOLLSPERRUNG

Bahnweg ab 30. Mai

■ (zas) **Stralsund.** Vom 30. Mai bis voraussichtlich 24. Juni erfolgen Fahrplanerneuerung und Gehwegbau im Bahnweg zwischen den Straßen Am Paschenberg und der Greifswalder Chaussee. Dazu muss dieser Bereich voll gesperrt werden. Fußgänger können die Baustelle trotzdem passieren. Der Grund für die Bauarbeiten ist das Projekt „Radroute Franken“. Die wird noch bis in den August zwischen dem Hauptbahnhof und der Greifswalder Chaussee gebaut. Genutzt wird dafür das vorhandene Verkehrsnetz, welches fahrradfreundlich ausgebaut wird. Das Ganze passiert im Rahmen des Klimaschutzteilkonzeptes „Klimafreundliche Mobilität“. Das Projekt „Radroute Franken“ umfasst die Fahrplanerneuerung und der Ausbau von Bahnweg und Bahnhofstraße als durchgehende Fahrradstraße, die Verbesserung und Sicherung der Querung für

Radfahrer in der Greifswalder Chaussee zur Einbindung der Radroute in das Radwegenetz an Hauptverkehrsstraßen und die Einrichtung eines Verweilortes mit Fahrradabstellanlagen am Frankenteich. Dazu kommen die Kennzeichnung und die Ausweisung als innerstädtische Radroute.



Strecke der Fahrradroute Franken vom Hauptbahnhof bis zur Greifswalder Chaussee